

Antwort auf den Artikel vom 20. August 2021 Kleine Zeitung

„Regionalforum fordert raschen Ausbau der B100“

Es freut uns zu sehen, dass sich das Regionalforum in die Diskussion um den Ausbau der B100 einbringt. Auf manche Aussagen wollen wir nachgehend eingehen:

Es sei auf dieser Strecke „immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen, die auch Todesopfer fordern“, gekommen. Tatsache ist, dass es zum Beispiel bei der Engstelle Greifenburg seit dem Jahr 2013 (Beginn der frei verfügbaren Unfalldatenaufzeichnung) zu keinem tödlichen und nur zu einem einzigen Unfall mit Personenschaden gekommen ist. Eine genauere Untersuchung der Unfallhäufungspunkte an der Gesamtstrecke der B100 wäre jedoch für ein umfassendes Bild wünschenswert. Offenbar weisen die Kreuzungen im Bereich Sachsenburg, Möllbrücke und Kleblach/Lind mindestens die gleichen Unfallhäufigkeiten auf, jedoch mit größeren Unfallschweren. Man weiß, dass auch die Unfallschwere mit höherer Geschwindigkeit zunimmt. Ein Ausbau der B100, der hohe Geschwindigkeiten begünstigt, stellt schon allein aus diesem physikalischen Grundgesetz schwerere Unfallfolgen in Aussicht.

In der geforderten UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) würde untersucht werden, wie sich das Unfallverhalten auf der Bestandsstrecke wie auch auf eventuellen Ausbaustrecken voraussichtlich entwickeln würde – somit wären eine Gegenüberstellung und ein Vergleich möglich. Das Regionalforum behauptet jedoch, eine UVP ist nicht notwendig bzw. sie „würde aufhalten“. Tatsächlich ist die Durchführung einer UVP längst überfällig: Sie erweitert das Gesamtbild und gibt der gewissenhaften Planung, die vor jedem Projekt gemacht werden muss, die nötige Qualität und Umsicht.

Die Behauptung dass es durch einen Ausbau der Strecke zu einer Entlastung der Lärm- und Feinstaubbelastungen kommen würde, ist äußerst gewagt, da die Emissionen (Lärm, Abrieb, Luftschadstoffe) wesentlich von der Verkehrsmenge und Verkehrszusammensetzung abhängen, die durch den Ausbau auf der Gesamtstrecke der B100 wohl wesentlich zunehmen würden. Punktuelle Entlastungen im Ortskern von Greifenburg werden durch Zunahme der Gesamtbelastungen in anderen Siedlungsgebieten und dem Oberen Drautal erkaufte. Das sind Lösungsansätze, die keiner fortschrittlichen Verkehrsplanung entsprechen.

Es ist unbestritten, dass ein derartiger Ausbau der B100 (inter)nationale Verkehre anziehen wird und auch einem erstrebenswerten Umstieg der lokalen Bevölkerung auf den öffentlichen Verkehr stark entgegenwirkt. Es ist daher von einer weiteren erhöhten Umweltbelastungen auszugehen.

Eine UVP hat unter anderem zum Ziel eine mögliche Prognose zu erarbeiten. Eine Prognose der zu erwartenden zukünftigen Verkehrsbelastungen und der damit einhergehenden Emissionsbelastungen, gewichtet mit der betroffenen Bevölkerung. Daher kann keinesfalls das Verlangen nach „Entlastung bei Lärm und Feinstaub“, gegen eine UVP sprechen.

Die Begründung, dass die Umfahrung schon seit 50 Jahren geplant ist, ist ein mehr als deutliches Indiz dafür, dass die damals zugrunde gelegten Annahmen bezüglich der Notwendigkeit des Ausbaus kritisch zu hinterfragen sind. Vor 50 Jahren waren Klimawandel, Flächenversiegelung, Hochwasserschutz etc. nicht in die Ausbauüberlegungen miteinbezogen

worden. Die rasanten Veränderungen in den Klimaauswirkungen, die welt- und EU-weiten und nationalen Klima- und verkehrspolitischen Ziele sowie die Rahmenbedingungen haben sich jedoch in den letzten Jahren fundamental verändert. Es gibt ein klares Bekenntnis der Regierung den Güterverkehr vom LKW hin zur Schiene zu verlagern und auch den Personenverkehr klimaneutraler und umweltfreundlicher zu gestalten.

Das von einigen Gemeinden im Oberen Drautal und Osttirol geforderte LKW-Transitfahrverbot sollte volle Unterstützung durch die Landesregierung erhalten und möglichst rasch umgesetzt werden. Und es muss auch bei der UVP mitberücksichtigt werden.

Am zielführenden wäre aber auch die Umsetzung der wohl wichtigsten Forderung der BI Lebensraum Oberes Drautal, nämlich die Ausarbeitung eines klimagerechten Verkehrskonzeptes für die Gesamtregion Oberkärnten – Osttirol, in welchem die Belange der derzeitigen und vor allem auch der zukünftigen Generationen fair berücksichtigt werden.

Beträge jenseits von 40 Millionen Euro (und dies ohne Berücksichtigung von Folgekosten) können sicher sinnvoller ausgegeben werden als für die Versiegelung fruchtbaren Bodens, denn Boden ist nicht vermehrbar. Es liegt in unserer Hand diesen für zukünftige Generationen von OberdrautalerInnen zu schützen.

Die Gesamtaussage des Regionalforums könnte man so verstehen, als ob der Verein „Lebensraum oberes Drautal“ die Industrieinteressen behindern wolle? Dem ist natürlich nicht so, denn es ist ja auch unser Anliegen, Arbeitsplätze im Tal zu sichern. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es auch noch andere Betriebe aus Einzelhandel, Tourismus- und Landwirtschaft... gibt, die ihre Interessen wiederfinden und ihre Arbeitsplätze gesichert sehen möchten.

Daher fordern wir eine durchdachte Lösung für viele, in deren Fokus das Wohl unseres Drautals stehen sollte, und nicht um eine „rasche Umsetzung“ im Interesse der *Lautesten*.

Vielen Dank

[von Kleiner Zeitung nicht veröffentlicht worden]